

**Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft****Bericht und Antrag über die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 30. August bis 1. September 2015 in Rostock, Mecklenburg-Vorpommern****I. Bericht**

Die diesjährige Konferenz fand unter der Überschrift „Innovationen für Gesundheits- und Sozialwesen“ statt. Sie wurde von der mecklenburg-vorpommerschen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider mit einer Einführungsrede eröffnet. Die Konferenz wurde von folgenden Tagesschwerpunkten getragen:

- Zusammenarbeit in der Ostseeregion,
- grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen,
- Gesundheit und Wirtschaft,
- nachhaltiges und zugängliches Gesundheits- und Sozialwesen.

Gastgeber war der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Es nahmen über 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Mitglieder aller nationalen und regionalen Parlamente sowie parlamentarischen Vereinigungen aus dem Ostseeraum, Expertinnen und Experten, politische Beobachterinnen und Beobachter und Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und anderen Vereinigungen teil.

An der Ostseeparlamentarierkonferenz 2015 haben die Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft, Sülmez Dogan, und die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit im Land Bremen, Antje Grotheer, teilgenommen. Deutschland insgesamt war vertreten durch Parlamentarierinnen/Parlamentarier der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen sowie des Deutschen Bundestages. Die deutsche Position, an der Bremen beteiligt war, koordinierte Franz Tönnies, Mitglied des Deutschen Bundestages.

Die Ostseekooperation der Parlamentarierinnen/Parlamentarier versteht sich als wichtiges Netzwerk der Parlamentarierinnen/Parlamentarier dieser Region sowie als Klammer zwischen der Europäischen Union, Russland sowie den EFTA-Staaten Norwegen und Island. Sie hat sich als wichtige Größe für die Politik im Ostseeraum entwickelt. Diese regionale Kooperation wird häufig als Modell und Vorbild für andere Makroregionen, wie z. B. den Nordseeraum, genannt.

Für die Umsetzung der Resolution der BSPC und der damit verbundenen Wirksamkeit der Beschlüsse sind die nationalen und regionalen Parlamente gefordert, was auf dieser Konferenz eingefordert wurde.

Die Bremische Bürgerschaft hat dies zuletzt mit dem „Bericht über die 22. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 25. bis 27. August 2013 in Pärnu, Estland“, Drucksache 18/1297, erfüllt. Auf der Konferenz in Olsztyn, Polen, im Jahr 2014 war Bremen nicht vertreten.

Die dem Bericht als Anlage beigefügte Resolution wurde auf der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz verabschiedet. An dieser Stelle soll jedoch kurz auf die zentralen Debatten Bezug genommen werden.

Beim Tagesschwerpunkt „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“ waren sich die Teilnehmer über die Potenziale und wirtschaftliche Stärke des Ostseeraums einig. Eine weiterhin positive Entwicklung lebe aber vor allem von der Kooperation, da nachhaltiges Wachstum erst durch die verschiedenen Qualitäten der Ostseeregionen und den Synergieeffekten ihrer Zusammenarbeit ermöglicht werde. Einen Beitrag hierzu wolle insbesondere der Ostseerat CBCC leisten, indem die polnische Präsidentschaft des Jahres 2015/2016 die langfristige Priorität der nachhaltigen und prosperierenden Region unter stärkerer Kooperation weiterführen wolle. Konsens herrschte zudem über die Notwendigkeit verstärkter Bemühungen im Bereich des Umweltschutzes. Wie Vertreter von HELCOM zum wiederholten Male darlegten, seien die bisherigen Fortschritte bei weitem nicht ausreichend. Es wurden Aktionspläne und Bemühungen zur Verringerung von Eutrophierung, Artensterben, Unterwasserlärm, Schiffseinleitungen, militärischer Altlasten und Abfallentsorgung in der Ostsee verkündet. Hierzu wurde auch die Tourismusbranche in Verbindung gesetzt, da nur eine gesunde Ostsee dauerhaft attraktiv bleiben könne.

Die Konferenz war geprägt von einem Appell zum zwischenstaatlichen Dialog angesichts der Konflikte in der Ukraine. Seitdem hätte die Zusammenarbeit mit Russland starke Beeinträchtigungen erfahren. Man dürfe sich nicht in zwischenstaatliche Konflikte verstricken und sollte sich stattdessen angesichts globaler Krisenherde, die alle Staaten gleichermaßen betreffen, auf gemeinsame Werte und Traditionen besinnen. In diesem Zusammenhang stelle insbesondere die Ostseeparlamentarierkonferenz eine Chance für die Aufrechterhaltung von Kooperation dar. Russland selbst verneinte eine Teilhabe am Ukraine-Konflikt und forderte die Umsetzung des Minsker Abkommens. Den Rückgang an wirtschaftlicher Kooperation begründete man mit Preisveränderungen wichtiger Exportgüter, worauf man mit einer Fokussierung auf die Versorgung durch heimische Erzeugnisse reagiert hätte. Dennoch würden außenwirtschaftliche Beziehungen langfristig als wichtig erachtet. Die wesentlichen Punkte diesen Themenblocks sind in der Resolution in den Forderungen eins bis zwölf eingegangen.

Im Tagesschwerpunkt „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen“ wurden neue oder sich verstärkende Herausforderungen der Gesundheitspolitik besprochen, deren Bewältigung internationale Zusammenarbeit und eine Bündelung von Kompetenzen, z. B. in der pharmazeutischen Kooperation oder Patientenmobilität erfordere. Hier wurden die Herausforderungen der Volkskrankheiten wie Diabetes, Infektionskrankheiten wie AIDS und Tuberkulose und Drogensuchtprophylaxe besprochen. Im Zentrum der Gespräche stand aber das Thema der multiresistenten Keime. Diese durch den Missbrauch von Antibiotika selbstverschuldete Bedrohung erfordere ein schnelles und konsequentes Handeln. Vor diesem Hintergrund hat die 68. Weltgesundheitskonferenz bereits im März 2015 einen globalen Aktionsplan gegen antimikrobielle Resistenzen verabschiedet. Um Infektionskrankheiten auch in Zukunft wirksam behandeln zu können gelte es, den Verbrauch von Antibiotika in allen Regionen und Anwendungsbereichen stark zu reduzieren und die Produktion neuer Antibiotika, z. B. durch Subventionierung der Forschung, anzutreiben. Die wichtigsten Forderungen zu dieser Zusammenarbeit sind in der EntschlieÙung in den Punkten 13 bis 26 eingegangen.

Beim Tagesschwerpunkt „Gesundheit und Wirtschaft“ gäbe es im Ostseeraum noch starke Gefälle in der Qualität medizinischer Versorgung. Hinzu kämen nun die Herausforderungen des demografischen Wandels und der steigenden Kosten der Gesundheitsfürsorge. Vor diesem Hintergrund forderten Vertreter der Gesundheitswirtschaft die weitere Entwicklung des Ostseeraums hin zu einer Modellregion für Gesundheit und verwiesen auf bereits existierende Netzwerke aus Kliniken und wissenschaftlichen Instituten. Delegierte aus Mecklenburg-Vorpommern zeigten ihre Region hierbei als positives Beispiel. Der Begriff der Gesundheitswirtschaft bilde an sich eine Neuheit, da sich der Gesundheitssektor in den letzten Jahren von einem Kostenfaktor hin zur ökonomischen Perspektive für Wachstum und Beschäftigung entwickelt hätte. Nach einer WifOR-Schätzung betrage die Bruttowertschöpfung des Gesundheitssektors im Ostseeraum bereits 260 Mrd. €. Davon ausgehend, ergäben sich gute wirtschaftliche Perspektiven für die gesamte Region. Nicht zu trennen sei diese Entwicklung von dem Ausbau und Einsatz digitaler Technologien (eHealth). Die digitale Vernetzung Europas, insbesondere in ländlichen Regionen, müsse weiter vorange-

trieben werden um weiterhin als attraktiver Standort bestehen zu können. Hierzu gehören z. B. der Breitbandausbau und die Schaffung einer europäischen Datensicherheitsstruktur. An dieser Stelle kamen jedoch kritische Fragen nach der Kostenverteilung einer ausgebauten Infrastruktur auf. Ebenso wurde vermerkt, dass die Heterogenität europäischer Gesundheitssysteme eine Barriere darstelle. Die wesentlichen Forderungen finden sich in der Resolution in Punkten 27 bis 39 wieder.

Der letzte Tagesschwerpunkt „Nachhaltiges und zugängliches Gesundheits- und Sozialwesen“ vollzog sich am Schnittpunkt von Gesundheitsfürsorge, demografischem Wandel und schrumpfenden Haushalten. Die Bevölkerungsentwicklung in der Ostseeregion zeichne sich vor allem durch die Abwanderung jüngerer Menschen aus ländlichen Gebieten aus. Auch wenn dies in den letzten Jahren nicht zwingend zu einer Ausdünnung der Bevölkerung geführt habe, da die Lebenserwartung gleichzeitig gestiegen ist, übe diese Entwicklung doch Druck auf das Gesundheits- und Sozialwesen aus. Die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems hänge somit auch von der Frage ab, wie man zusätzlich gewonnene Lebenszeit nutzt und wie man mit einer zunehmenden Landflucht umgeht. Durch Letzteres stehe die Ostseeregion nicht zuletzt auch vor einer Migrations-thematik. Hierbei war es der deutschen Seite ein Anliegen, auf die Verantwortung in und die Chancen durch die aktuelle Flüchtlingskrise zu verweisen. Man warb für einen toleranten Umgang mit Flüchtlingen und stellte die Integration dieser als mögliche Lösung für die Probleme ländlicher Regionen dar. Insgesamt wurde die Zukunft eines leistungsfähigen Gesundheitssystems Gegenstand einer ausführlichen Debatte in Form eines runden Tisches. Dessen Fragen und Anmerkungen sind im Resolutionsentwurf berücksichtigt worden und in die Punkte 40 bis 57 eingegangen.

Die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz wird vom 28. bis 30. August in Riga, Lettland, stattfinden.

## **II. Beschlussempfehlung**

Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft hält es für erforderlich, dass die Bürgerschaft (Landtag) als Mitglied der Ostseeparlamentarierkonferenz weiter ihren Beitrag zur Umsetzung der Empfehlungen der Resolution leisten solle. Daher wird empfohlen, dass die Ausschüsse und Deputationen die im Bericht und in der Resolution abgesprochenen Punkte aufgreifen.

Des Weiteren wird empfohlen, dass sich die Bürgerschaft (Landtag) weiterhin an der Ostseeparlamentarierkonferenz beteiligt.

## **III. Antrag**

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Empfehlungen bei und nimmt von dem Bericht und der Anlage Kenntnis.

Christian Weber  
(Präsident)



## **Konferenz-Resolution**

Angenommen durch die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer der Konferenz, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten\*, die sich vom 30. August bis zum 1. September 2015 in Rostock, Mecklenburg-Vorpommern versammelten,

begrüßen vor dem Hintergrund der Krise in der Ukraine die in Minsk getroffenen Vereinbarungen, die zu einer friedlichen Lösung des Konflikts führen können und dringen auf deren gründliche und konsequente Umsetzung und appellieren an die Parteien, die Arbeit der OSZE umfassend zu unterstützen;

erwarten von allen Ostseestaaten, dass sie alles in ihrer Kraft stehende unternehmen, um sicherzustellen, dass sich die Ostseeregion weiterhin durch intensive Zusammenarbeit und gute, friedliche Nachbarschaft auszeichnet. Zu diesem Zweck werden sie alle Möglichkeiten des parlamentarischen, zwischenstaatlichen und sozialen Austauschs und Dialogs nutzen. Aus diesem Grund fordern sie auch eine Wiederaufnahme der Ministertreffen des Ostseerats (CBSS), da durch diese Treffen der Dialog gefördert und die Zusammenarbeit gestärkt wird;

die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Gesundheitsversorgung, Gesundheit und Wirtschaft – Förderung von Innovationen im Sozial- und Gesundheitswesen, sowie nachhaltige und zugängliche Sozial- und Gesundheitsversorgungsdienste – an der Schnittstelle zwischen Gesundheitsversorgung, demographischem Wandel und begrenzten Haushaltsmitteln erörternd;

bekräftigen ihre Unterstützung für den Ostseerat (CBSS), begrüßen die neuen langfristigen Prioritäten des CBSS, sowie die Bemühungen der polnischen CBSS-Präsidenschaft zur Verbesserung der Kohärenz der regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum, und erkennen die Fortschritte und Leistungen an, die der CBSS in verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel auf dem Gebiet des nachhaltigen Wirtschaftswachstums, der sauberen Schifffahrt, der Arbeitsmarktmobilität, der Forschung und Entwicklung, des Verkehrs und der Kommunikation, des kulturellen Erbes, des Menschenhandels und der zivilen Sicherheit erzielt hat, und unterstützen den vom CBSS verfolgten praktischen Ansatz bei der Umsetzung der neuen langfristigen Prioritäten des Ostseerates;

bringen angesichts der aktuellen Situation ihre Solidarität mit den Flüchtlingen zum Ausdruck, die gezwungen sind ihre Heimatländer zu verlassen, im Bewusstsein der mit der Bereitstellung eines sicheren Aufenthaltsorts verbundenen großen Herausforderung;

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den cbss, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Europäische Union (EU) auf;

eine anständige Behandlung der Flüchtlinge in Bezug auf deren Unterbringung und Gesundheitsversorgung zu gewährleisten;

### **im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Ostseeregion**

1. die Zusammenarbeit in der Ostseeregion einschließlich der Nördlichen Dimension und der EU-Strategie für den Ostseeraum sowie andere regionale Akteure als stabiler Grundlage für die Beziehungen zu stärken und die Weiterentwicklung des strukturellen Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen allen regionalen Organisationen und Formaten zur Schaffung eines gemeinsamen Raums der Ostseezusammenarbeit zu fördern;

2. jede Zusammenarbeit zu unterstützen, welche die Ostseeregion als Modellregion mit gleichberechtigtem Zugang zur Gesundheitsfürsorge für alle und einer besonderen Verpflichtung zur Unterstützung der Verbreitung und Förderung von Gesundheit und Wohlergehen durch Übernahme einer Schlüsselrolle bei der Verwirklichung der neuen Ziele der Vereinten Nationen zu einer nachhaltigen Entwicklung auszeichnet;

3. zu bekräftigen, dass die Zusammenarbeit in der gesamten Region fortgesetzt wird, mit dem Ziel, die Ostseeregion zu einer Modellregion mit einer nachhaltigen Wirtschaft zu entwickeln, um so die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und neue Chancen für Unternehmen und Beschäftigung zu ermöglichen;

4. zur Stärkung der Ostseeregion als einer wichtigen konkurrenzfähigen Wissensregion mit einer hervorragenden Hochschul- und Forschungsinfrastruktur zusammen zu arbeiten;

5. die Zusammenarbeit in Bereichen zu fördern, in denen gemeinsame Vorteile und Synergien beispielsweise zwischen der EU-Strategie für den Ostseeraum und der Strategie für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Bezirks Nordwest in Russland nur durch die Festlegung gemeinsamer Prioritäten und die Entwicklung entsprechender regionaler Strategien und Aktionspläne erreicht werden können;

6. die Auswirkungen der neuen, seit dem 1. Januar 2015 in den Überwachungsgebieten für Schwefelemissionen (Sulphur Emission Control Areas – SECA) geltenden Umweltauflagen zu evaluieren und die Ausweitung dieser Auflagen auf andere Meeresbecken auch außerhalb der EU zu fördern, die effiziente Durchsetzung dieser Auflagen gegenüber Schiffen ungeachtet der von ihnen geführten Flagge zur Verbesserung des Schutzes der Umwelt und der menschlichen Gesundheit zu unterstützen, sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt in der Region zu sichern;

7. eine enge Zusammenarbeit zwischen Kreuzfahrtunternehmen, Häfen und anderen Interessengruppen des Küstentourismus zum Beispiel im Rahmen des vor Kurzem von der EU initiierten gesamteuropäischen Dialog zur Kreuzfahrt zu fördern und an länderübergreifenden Projekten aktiv teilzunehmen, um das Potenzial für nachhaltiges blaues Wachstum in der Seeschifffahrt und im Küstentourismus voll auszuschöpfen;

8. weiter an der Verbesserung der Abwasserauffangeinrichtungen in Passagierhäfen zu arbeiten, um eine rechtzeitige Aktivierung des Status der Ostsee als Sondergebiet im Sinne des Anhangs IV des Übereinkommens der

Internationalen Seeschiffahrtsorganisation zu gewährleisten, mit dem Ziel, das Ablassen von unbehandeltem Abwasser durch Passagierschiffe in Zukunft zu verhindern, sowie die Verpflichtung zu bekräftigen, die Abwasserbehandlungskapazitäten in der gesamten Ostseeregion unter Einhaltung der durch die HELCOM festgelegten strengeren Schwellenwerte weiter zu verbessern und zu modernisieren;

9. die makroregionale Reaktionsfähigkeit bei Katastrophenfällen durch einen umfassenden Schutz vor Gefahren aller Art und gemeinsame grenzüberschreitende Vorkehrungen zum Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Wohlergehens von Bürgern zu verbessern;

10. die HELCOM als Hauptkoordinierungsgremium im Bemühen zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee zu stärken und weiterzuentwickeln, sowie die Umsetzung des Ostseeaktionsplans (Baltic Sea Action Plan – BSAP) mit Nachdruck zu unterstützen und die Bedeutung des Ostseeaktionsplans als umweltpolitischer Säule der EU-Strategie für den Ostseeraum hervorzuheben;

11. den politischen Austausch unter jungen Menschen in der Ostseeregion zu vertiefen und die Einrichtung eines ständigen Ostseejugendforums zu unterstützen;

12. die vom Nordischen Ministerrat eingeleitete Nordische Biowirtschaftsinitiative (Nordic Bioeconomy Initiative) zu unterstützen;

### **im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen**

13. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens und die strategische Planung der Gesundheitsversorgung auszuweiten, zu stärken und zu vertiefen und sich weiter nachdrücklich um die Entwicklung der Ostseeregion zur "Gesundheitsregion Ostsee" zu bemühen, um Ungleichheiten zu vermindern und als gemeinsame Herausforderung für alle Länder der Ostseeregion das allgemeine Wohlergehen zu verbessern;

14. die Partnerschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit und der öffentlichen Wohlfahrt im Rahmen der Nördlichen Dimension (*Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing* – NDPHS) als hoch geschätztes und innovatives regionales Netzwerk, das wichtige Beiträge zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und der öffentlichen Wohlfahrt im Gebiet der Nördlichen Dimension leistet, sowie die neue NDPHS-Strategie 2020 und den dazugehörigen Aktionsplan, und den Politikbereich „Gesundheit“ der EU-Strategie für den Ostseeraum zu unterstützen;

15. die grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme der EU und andere relevante Programme als Mittel zur Stärkung der grenzüberschreitenden und regionalen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen im Ostseeraum zu unterstützen;

16. konkrete grenzüberschreitende Initiativen auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung und der öffentlichen Wohlfahrt einzuleiten und zu entwickeln, wie zum Beispiel das Projekt ScanBalt oder das Programm Gesunde Städte der WHO, und die Entwicklung der Gesundheitsregion Ostsee durch weitere Strategien und grenzüberschreitende Projekte zu fördern, zum Beispiel durch eine gemeinsame Antibiotika-Strategie, durch die Verknüpfung von

Gesundheit mit Tourismus, der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und natürlichen Ressourcen;

17. innovative und bewährte Verfahren in der gesamten Ostseeregion zu verbreiten, damit die Ostseeregion zu einer Modellregion im Bereich der Gesundheitsversorgung wird;

18. auf dem Gebiet der Forschung und der Entwicklung nachhaltiger Strategien zur Förderung des Anbaus und der Herstellung gesunder und organischer Nahrungsmittel zusammenzuarbeiten;

19. Arbeitsplätze sicherer und gesünder und dadurch produktiver zu machen und die wichtige Arbeit der Gewerkschaften bei der Förderung einer Kultur der Risikoprävention zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der gesamten Region anzuerkennen;

20. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die medizinische Spezialisierung bei der Behandlung seltener Krankheiten unter Berücksichtigung der kostengünstigen Einsatzes medizinischer Geräte zu verbessern;

21. die grenzüberschreitende Notfallversorgung so zu regeln, dass die schnellstmögliche Gesundheitsversorgung unabhängig vom Herkunftsland der Gesundheitsdienstleister gewährleistet werden kann;

22. den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit dem Ziel der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen als einer der wichtigsten weltweiten Herausforderungen im Gesundheitswesen zu intensivieren, auf diesem Gebiet Forschung zu betreiben und alle Bemühungen zur Entwicklung und Umsetzung eines globalen Aktionsplans zu Antibiotikaresistenzen durch die WHO zu unterstützen und zu intensivieren;

23. die Verwendung von Antibiotika generell und insbesondere in der Landwirtschaft (Viehzucht) auf ein absolutes Minimum zu reduzieren, um eine weitere Zunahme von Antibiotikaresistenzen zu verhindern;

24. in der gesamten Ostseeregion bei der Behandlung ansteckender Infektionskrankheiten die Einführung gleicher Standards auf hohem Niveau anzustreben;

25. den Geltungsbereich des Könberg-Berichts auf die gesamte Ostseeregion zu erweitern, um einen vergleichbaren Überblick über den Stand von Gesundheit und Pflege in der Ostseeregion zu erhalten;

26. die Erstellung eines regelmäßigen Berichts über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in Auftrag zu geben, einschließlich aufgeschlüsselter Daten und Analysen von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wie Kindern, Jugendlichen und Senioren sowie vor allem ausgegrenzten Gruppen in den Ländern der Ostseeregion, um so Themen, Definitionen und Schwerpunkte abzustimmen als ein Schritt auf dem Weg zur Vergleichbarkeit unterschiedlicher Systeme in der Region und zur Identifizierung gemeinsamer zukünftiger Herausforderungen;

### **im Hinblick auf Gesundheit und Wirtschaft**

27. zu berücksichtigen, dass wirtschaftlicher Wohlstand zwar gut für die Gesundheit ist, dass gute Gesundheitsergebnisse aber auch Wirtschaftswachstum

und Entwicklung fördern, und in diesem Zusammenhang anzuerkennen, dass Gesundheit und öffentliche Wohlfahrt für die Wirtschaft und andere Politikbereiche – und umgekehrt – von Bedeutung sind und Gesundheitsaspekte in allen Politikbereichen zu berücksichtigen;

28. die Unterstützung für die Entwicklung von Innovationen in der Gesundheitsversorgung zu unterstützen, um eine Abwanderung von Fachkräften zu verhindern;

29. die ScanBalt-Strategie 2015-2018 zu unterstützen und Synergien mit bestehenden Strategien zu nutzen;

30. Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der medizinischen Berufe und der Pflegeberufe, zum Beispiel durch eHealth, zu entwickeln;

31. die Bedingungen zur Unterstützung der Entwicklung von Innovationen im Gesundheitswesen zu verbessern, unter anderem auf dem Gebiet von eHealth und Telemedizin, und dabei sicherzustellen, dass Investitionen auf dem Gebiet von elektronischen Gesundheitsdiensten die Festlegung von Standards unterstützen und die Interoperabilität im gesamten Gesundheitswesen fördern, um den europäischen Interoperabilitätsrahmen für elektronische Gesundheitsdienste (*eHealth European Interoperability Framework* – eEIF) zu nutzen und die gemeinsamen europäischen Initiativen wie die „Guidelines under eHealth Network“ der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zu beobachten;

32. Maßnahmen zur partnerschaftlichen Umsetzung eines gemeinsamen eHealth-Innovations-Ökosystems auf der Grundlage einer Kooperationsplattform der Ostseeregion für auf intelligenter Spezialisierung basierende eHealth-Initiativen weiter zu verstärken und auf der Grundlage bereits bestehender Strukturen und international anerkannter Standards regionale Ressourcen zu mobilisieren;

33. die Voraussetzungen für eine Berücksichtigung von eHealth und Telemedizin in der Regelversorgung zu verbessern;

34. frühzeitige Interventionen zur Stärkung der öffentlichen Gesundheit durch soziale Investitionen wie Impfprogramme zu verbessern, sowie wirksame Maßnahmen zur Reduzierung des Konsums von Alkohol, Tabak und Drogen zu ergreifen und auf eine stärkere Prävention von Diabetes II und anderen, mit der Lebensweise zusammenhängender Krankheiten hinzuwirken;

35. die Nutzung kostensenkender Methoden zur Verbesserung der Lebensqualität zu unterstützen, unter anderem durch den Einsatz kultureller und körperlicher gesundheitsbezogener Aktivitäten in der Behandlung;

36. die nationale Kennzeichnung von für eine gesunde Lebensweise relevanten Produkten, einschließlich der Zugänglichkeit von Kennzeichnungen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, wie kindergerechte und kinderorientierte Kennzeichnungen, zu verbessern;

37. die Entwicklung gesundheitsbezogener Dienstleistungen im Rahmen der Tourismusstrategien der Länder in der Ostseeregion zu fördern;

38. eine globale Vergleichbarkeit der Gesundheitswirtschaft sicherzustellen sowie die Leistung und die Auswirkungen des Gesundheitswesens auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung durch ein erstes zuverlässiges transnationales Verfahren wie „Economic footprint of a health economy“ (wirtschaftlicher Fußabdruck einer Gesundheitswirtschaft) zu messen;

39. die Möglichkeit der Schaffung eines „Ostsee-Gesundheitsforums“ zu überprüfen, um einen nachhaltigen Austausch und eine Netzwerkbildung in diesem Politikbereich für den gesamten Ostseeraum sicherzustellen und zu verbessern;

### **im Hinblick auf nachhaltige und zugängliche Sozial- und Gesundheitsversorgungsdienste**

40. in der gesamten Ostseeregion für alle Menschen eine finanzierbare Gesundheitsversorgung mit dem Schwerpunkt auf den Patientenbedürfnissen unter Berücksichtigung von Alter und Geschlecht sicherzustellen sowie Chancengleichheit in Bezug auf einen erschwinglichen Zugang zu hochwertigen Gesundheitsleistungen zu gewährleisten;

41. sicherzustellen, dass eine positive wirtschaftliche Entwicklung in der Region hohe Standards in der Gesundheitsversorgung und der öffentlichen Wohlfahrt fördert;

42. strenge Maßnahmen zu ergreifen, um beispielsweise zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, zwischen unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen und in Bezug auf Alter und Geschlecht eine gerechte Verteilung, gerechten Zugang und eine gerechte Nutzung von öffentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitsversorgungsleistungen zu gewährleisten;

43. Strategien zum demografischen Wandel zu entwickeln und zu stärken, wie zum Beispiel die Europäische Innovationspartnerschaft „Aktives and Gesundes Altern“ und insbesondere die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in ländlichen Randgebieten zu berücksichtigen;

44. geriatrische Gesundheitszentren einzurichten und soziale Rehabilitationszentren zu modifizieren, um in ländlichen Gebieten eine Gesundheitsversorgung zu gewährleisten und die altersgemäße medizinische Betreuung zu verbessern;

45. integrierte Dienstleistungen für Kinder sicherzustellen, d.h. Gesundheits- und Sozialdienstleistungen konsolidiert auf kindgerechte Weise bereitzustellen;

46. Unterstützungsdienste für Familien, schwangere Frauen und werdende Eltern zur Unterstützung von Familien und Elternschaft sicherzustellen und ein integriertes Dienstleistungspaket für Familien mit Kindern zur Förderung von Geburten, Kinderbetreuung und Kindererziehung bereitzustellen, um den derzeitigen demografischen Entwicklungen entgegenzuwirken, in Familien zu investieren und kinderfreundliche Gemeinden und Gesellschaften zu fördern;

47. die in der Ostseeregion lebenden Menschen dazu zu ermutigen, als Patienten mehr Eigenverantwortung zu übernehmen;

48. besonders unter jungen Menschen das Bewusstsein für eine gesündere Lebensweise zu wecken und darauf hinzuwirken, dass eine Aufklärung über gesunde Lebensweisen in allen Schulen und auf allen Schulebenen verbindlich vorgeschrieben wird; es sollte eine Datenbank mit Best-Practice-Beispielen angelegt werden, die zeigen, wie die Aufklärung und das Bewusstsein verbessert werden können;

49. Studien mit dem Ziel der Entwicklung von Präventionsstrategien in der Gesundheitsversorgung durchzuführen, wie zum Beispiel die Nord-Trøndelag Health Study (HUNT-Studie);

50. ein Notfallsystem für psychische Gesundheitsprobleme einzurichten, da Anerkennung, Bewusstsein und Diagnostik in Bezug auf psychische Probleme immer noch unterentwickelt sind;

51. Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen, die sich im Kampf gegen die Stigmatisierung benachteiligter Gruppen auf informelle Bildung zum Beispiel in Kultur, Sport, ehrenamtliche Tätigkeit und Musik konzentrieren;

52. Anreize zur Verbesserung der Bedingungen für Pflege- und Gesundheitsberufe zu schaffen und Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Gesundheitsfachkräfte zu verstärken, um die Entwicklung eines kostengünstigen Gesundheitswesens in der Region erheblich zu erleichtern und die Erkenntnis zu fördern, dass das Gesundheitswesen ein Querschnittsthema ist;

53. die Sozialpartner in den Gesundheits- und Sozialberufen voll anzuerkennen, ihre Tätigkeit zu schützen und sicherzustellen, dass die Sozialpartner und die Gewerkschaften so frühzeitig wie möglich in den Regulierungs- und Umsetzungsprozess bei Gesundheitsthemen einbezogen werden;

54. sowohl körperliche als auch psychisch-soziale Risiken am Arbeitsplatz vor dem Hintergrund eines steigenden Renteneintrittsalters sorgfältig zu prüfen und für die Erwerbsbevölkerung der Ostseeregion gute Arbeitsbedingungen, Wohlergehen und eine nachhaltige Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben anzustreben;

55. sich in allen Ländern der Ostseeregion um die Schaffung von Gesetzen für Patientenrechte zu bemühen und mit Mechanismen sicherzustellen, dass diese Rechte auch erfüllt werden;

56. eine Arbeitsgruppe zum nachhaltigen Tourismus einzurichten; die Arbeitsgruppe soll sich in erster Linie mit den kulturellen, wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen, maritimen, küstentourismusbezogenen und ökologischen Aspekten des Tourismus befassen und als wichtige Säule der Raumplanung auf See und zur Nutzung von Synergieeffekten mit dem Politikbereich Tourismus im Einklang mit der EU-Strategie für den Ostseeraum auf der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz einen ersten Bericht vorlegen;

57. dankbar das freundliche Angebot des Parlaments von Lettland zu begrüßen, die 25. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 28.-30. August 2016 in Riga abzuhalten.

\*Parlamente von

der Bundesrepublik Deutschland,  
Dänemark,  
Estland,  
Europa,  
Finnland,  
der Freien Hansestadt Bremen,  
der Freien Hansestadt Hamburg,  
Island,  
der Region Leningrad,  
Lettland,  
Litauen,  
Mecklenburg-Vorpommern,  
Norwegen,  
Polen,  
der Generalversammlung der Russischen Föderation,  
der Staatsduma der Generalversammlung der Russischen Föderation,  
der Stadt St. Petersburg,  
Schleswig-Holstein,  
Schweden,  
der Åland-Inseln,  
der Baltischen Versammlung,  
und des Nordischen Rates